

S 19

Mangelnde medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Rainer Bensch, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Kennt und teilt der Senat die Beschwerden aus der Bevölkerung, wonach die pädiatrische ambulante Gesundheitsversorgung in einzelnen Stadtteilen Bremens, insbesondere im Stadtteil Gröpelingen, immer schwieriger bis besorgniserregend sei?
2. Wie viele Kinder- und Jugendarztpraxen mit welchem Sprechstundenaufkommen versorgen den besonders kinderreichen Stadtteil Gröpelingen derzeit?
3. Was unternimmt die Gesundheitssenatorin in Verbindung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, um Defizite in der Kinder- und Jugendmedizin, insbesondere hinsichtlich des unzureichenden Angebots von Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche (U1 bis U11, J2), schnellstens zu beseitigen?

Zu Frage 1:

Die ambulante Gesundheitsversorgung liegt im Rahmen der Selbstverwaltung im Verantwortungsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen. Da im Land Bremen nur zwei Planungsbereiche, nämlich Bremen Stadt und Bremerhaven, ausgewiesen werden, klaffen die rechnerische Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen und die Versorgungsrealität in einzelnen Stadtteilen auseinander. Entsprechend kann der Senat Beschwerden aus der Bevölkerung nachvollziehen. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz arbeitet im Rahmen einer Länderarbeitsgruppe an Vorschlägen zur Reformierung der Bedarfsplanung aktiv mit.

Zu Frage 2:

Laut Kassenärztlicher Vereinigung Bremen praktizieren im Stadtteil Gröpelingen vier Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin mit insgesamt drei vollen Versorgungsaufträgen. Über das verfügbare Sprechstundenaufkommen hat der Senat keine Kenntnis.

Zu Frage 3:

Es ist davon auszugehen, dass jedes Kind in Bremen das Angebot erhält, an den sogenannten U-Untersuchungen teilzunehmen, die von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden. Die U-Untersuchungen U1-U9 sind Krankenkassenleistungen. Die U10, U11 und J2 sind nicht in den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschuss enthalten und werden daher nicht von allen Krankenkassen übernommen. Durch das Einladungswesen zu den U-Untersuchungen in Bremen und das Angebot des Gesundheitsamtes U-Untersuchungen subsidiär durchzuführen, können höhere Teilnahmequoten erzielt werden. Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass die Beteiligungsquoten in Bremen mit über 90 Prozent in den Untersuchungen U3 bis U9 sehr hoch sind. Das Angebot ist daher als hinreichend zu bewerten.

Dennoch ist dem Senat bewusst, dass die kindermedizinischen Praxen in einigen Stadtteilen in Bremen an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Kinder- und Jugendmediziner berichten, dass ihre Arbeit in den Praxen immer mehr durch nicht-medizinische

Anfragen belastet werde. Insbesondere in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von arbeitslosen Familien, sind die Anforderungen an die Gesundheitsversorgung zusätzlich erhöht. In Quartieren, in denen der Bedarf besonders hoch ist, fördert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz daher ergänzende Strukturen und Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung. Hervorzuheben sind das Programm TippTapp, die Hebammenzentren sowie die Gesundheitsfachkräfte an Schulen und in den Quartieren. In Gröpelingen gibt es zudem seit 2022 ein interprofessionelles Gesundheitszentrum (kurz LIGA), als Beratungsstelle für Gesundheit und Prävention. Perspektivisch soll dieses Beratungsangebot um ärztliche Versorgungsangebote ergänzt werden.